

Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010¹

Der Rat der Stadt Oberhausen hat in seiner Sitzung vom 12.07.2010 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Steuergegenstand

Der Besteuerung unterliegen die im Gebiet der Stadt Oberhausen veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen (Veranstaltungen)

1. Tanzveranstaltungen;
2. Striptease, Peepshows und Tabledances sowie Darbietungen ähnlicher Art
3. Vorführungen von pornographischen und ähnlichen Filmen oder Bildern – auch in Kabinen -;
4. Ausspielungen von Geld oder Gegenständen in Spielklubs, Spielkasinos und ähnlichen Einrichtungen;
5. die entgeltliche Benutzung von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten sowie von Personalcomputern, unabhängig von deren Nutzung,
 - a) in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen
 - b) in Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Internetcafés, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen für jeden zugänglichen Orten.
6. die gezielte Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen in Bars, Bordellen, Sauna-, FKK- und Swingerclubs sowie ähnlichen Einrichtungen;
7. das Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt außerhalb der in Nr. 6 genannten Einrichtungen, zum Beispiel in Beherbergungsbetrieben, Privatwohnungen, Wohnwagen und Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Straßenprostitution in Verrichtungsboxen;
8. Sex- und Erotikmessen.

¹ Amtsblatt der Stadt Oberhausen, Nr. 15/2010 vom 02.08.2010, S. 169 – 172. Diese Fassung berücksichtigt die 1. Änderungssatzung vom 12.12.2011 zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010, Amtsblatt der Stadt Oberhausen, Sonderausgabe vom 19.12.2011, S. 262, die 2. Änderungssatzung vom 17.11.2014 zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010, Amtsblatt der Stadt Oberhausen Nr. 23 vom 15.12.2014, S. 270 + 271, die 3. Änderungssatzung vom 16.11.2015 zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010, Amtsblatt der Stadt Oberhausen, Sonderamtsblatt vom 17.12.2015, S. 298 und die 4. Änderungssatzung vom 21.11.2016 zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010, Amtsblatt der Stadt Oberhausen Nr. 23 vom 15.12.2016, S. 258 .

§ 2

Steuerfreie Veranstaltungen

Steuerfrei sind

1. Familienfeiern, Betriebsfeiern und nicht gewerbsmäßige Veranstaltungen von Vereinen;
2. Veranstaltungen von Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen sowie von Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts oder ihrer Organe;
3. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken verwendet wird, wenn der Zweck bei der Anmeldung nach § 12 angegeben worden ist;
4. das Halten von Apparaten nach § 1 Nr. 5 im Rahmen von Volksbelustigungen, Jahrmärkten, Kirmessen und ähnlichen Veranstaltungen.

§ 3

Steuerschuldner/in

- (1) Steuerschuldner/in ist der/die Unternehmer/in der Veranstaltung (Veranstalter/in). In den Fällen des § 1 Nr. 5 ist der/die Halter/in der Apparate (Aufsteller/in) Veranstalter/in.
- (2) Steuerschuldner/in ist auch derjenige/diejenige, der/die Räume oder Freiflächen für die Veranstaltung zur Verfügung stellt, sofern er/sie an den Einnahmen oder dem Ertrag der Veranstaltung beteiligt ist.
- (3) Die Steuerschuldner/innen sind Gesamtschuldner/innen im Sinne des § 44 der Abgabenordnung.

§ 4

Tanzveranstaltungen, Darbietungen, Vergnügungen in Clubs

- (1) Für Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1, 2 und 6 wird die Steuer nach der Größe der Veranstaltungsfläche erhoben. Als Veranstaltungsfläche gelten alle für das Publikum zugänglichen Flächen mit Ausnahme der Toiletten- und Garderobenräume. Entsprechendes gilt für Veranstaltungen im Freien.
- (2) Die Steuer beträgt je Veranstaltungstag bei
 1. Tanzveranstaltungen nach § 1 Nr. 1 für jede angefangenen zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche 1,-- EUR,
 2. Darbietungen nach § 1 Nr. 2 für jede angefangenen zehn Quadratmeter 1,60 EUR,
 3. Veranstaltungen nach § 1 Nr. 6 für jede angefangenen zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche 5,-- EUR.

Endet eine Veranstaltung erst am Folgetag, wird ein Veranstaltungstag für die Berechnung zugrunde gelegt.

- (3) Bei Veranstaltungen, die über 1 Uhr nachts hinausgehen, erhöht sich die Steuer für jede weitere angefangene Stunde um 25 vom Hundert der in Absatz 2 genannten Steuersätze. Bei Veranstaltungen, die mehrere Tage dauern, wird die Steuer für jeden angefangenen Tag erhoben.
- (4) Fallen bei einer Veranstaltung mehrere nach Veranstaltungsfläche zu besteuernde Vergnügungen nach § 1 zusammen, wird die Steuer für die gesamte Veranstaltung und die gesamte Veranstaltungsfläche nach dem höchsten der in § 4 aufgeführten Steuersätze berechnet.

§ 5

Spielklubs

- (1) Für Spielklubs, Spielkasinos und ähnliche Einrichtungen im Sinne des § 1 Nr. 4 beträgt die Steuer 10 vom Hundert des Spielumsatzes. Spielumsatz ist der Gesamtbetrag der eingesetzten Spielbeträge.
- (2) Der Spielumsatz ist der Stadt Oberhausen – Fachbereich Steuern - spätestens 15 Kalendertage nach Ende der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 15. Kalendertag des nachfolgenden Monats abzugeben. Für Veranstaltungen, die vor dem 01.09.2010 endeten, sind bis spätestens 15.09.2010 Erklärungen abzugeben.
- (3) Die Stadt Oberhausen – Fachbereich Steuern - kann den/die Veranstalter/in von dem Einzelnachweis der Höhe des Spielumsatzes befreien und den Steuerbetrag mit ihm/ihr vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

§ 6

Apparate mit Gewinnmöglichkeit

- (1) Die Steuer für die entgeltliche Benutzung von Apparaten nach § 1 Nr. 5 mit Geld- oder Sachgewinnmöglichkeit bemisst sich nach dem Einspielergebnis. Einspielergebnis ist der Betrag der elektronisch gezahlten Brutto-Kasse. Dieser errechnet sich aus der elektronisch gezahlten Kasse zzgl. Röhrenentnahme (sog. Fehlbetrag), abzüglich Röhrenauffüllung, Falschgeld und Fehlgeld.
- (2) Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat 22 vom Hundert des Einspielergebnisses.

§ 7

Apparate ohne Gewinnmöglichkeit

- (1) Steuermaßstab für die entgeltliche Benutzung von Apparaten und Personalcomputern nach § 1 Nr. 5 ohne Gewinnmöglichkeit ist die Anzahl der aufgestellten Apparate. Der Steuersatz beträgt je Apparat und angefangenem Kalendermonat bei der Aufstellung
 1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmungen (§ 1 Nr. 5 a) 41,-- Euro
 2. in Gastwirtschaften und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 b) 23,-- Euro.
- (2) Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Apparates ein gleichartiger Apparat, so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben.

§ 8

Prostitution

Bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 7 beträgt die Steuer unabhängig von der tatsächlichen zeitlichen Inanspruchnahme und der Anzahl der sexuellen Handlungen für jede/n Prostituierte/n 6,-- EUR pro Veranstaltungstag. Die Abrechnung der Veranstaltungstage sowie die Selbstberechnung der Steuer hat vorbehaltlich § 11 Abs. 2 S. 2 nach Ende des Veranstaltungsmonats bis zum 15. Kalendertag des Folgemonats auf dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck (Steueranmeldung) zu erfolgen.

§ 9

Filmvorführungen, Sex- und Erotikmessen

- (1) Veranstaltungen nach § 1 Nr. 3 und 8 werden nach der Roheinnahme besteuert. Der Steuersatz beträgt 20 vom Hundert. Als Roheinnahme gelten sämtliche vom Veranstalter von den Teilnehmern erhobenen Entgelte. Entgelt ist die gesamte Vergütung, die vor, während oder nach der Veranstaltung für die Teilnahme erhoben wird. Zum Entgelt gehören auch erhobene Vorverkaufsgebühren. Soweit in dem Entgelt Beträge für Speisen und Getränke oder sonstige Zugaben enthalten sind, bleiben sie bei der Steuerberechnung in dem Umfang außer Ansatz, soweit sie üblich und angemessen sind.
- (2) Sex- und Erotikmessen unterliegen mit allen hier angebotenen Vergnügungen ausschließlich dem Besteuerungstatbestand des § 1 Nr. 8.
- (3) Die Roheinnahmen sind der Stadt Oberhausen - Fachbereich Steuern - spätestens 15 Kalendertage nach Ende der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 15. Kalendertag des nachfolgenden Monats abzugeben. Für Veranstaltungen, die vor dem 01.09.2010 endeten, sind bis spätestens 15.09.2010 Erklärungen abzugeben.
- (4) Die Stadt Oberhausen - Fachbereich Steuern - kann den/die Veranstalter/in von dem Einzelnachweis der Höhe der Roheinnahme befreien und den

Steuerbetrag mit ihm/ihr vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

§ 10

Entstehung des Steueranspruches

- (1) Der Vergnügungssteueranspruch entsteht in den Fällen der §§ 4, 8 und 9 mit Beginn der Veranstaltung.
- (2) Der Vergnügungssteueranspruch nach § 5 entsteht mit Beendigung eines Spieles.
- (3) Der Vergnügungssteueranspruch nach den §§ 6 und 7 entsteht mit Inbetriebnahme des Apparates an den in § 1 Nr. 5 genannten Orten.

§ 11

Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die gemäß der §§ 4, 5, 7 und 9 festzusetzende Vergnügungssteuer wird mit Ablauf von 14 Kalendertagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig.
- (2) Die gemäß §§ 6 und 8 festzusetzende Vergnügungssteuer ist von dem/der Steuerschuldner/in selbst zu errechnen. Die unterschriebene Steuererklärung ist der Stadt Oberhausen – Fachbereich Steuern – bis zum 15. Kalendertag des Folgemonats nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen und die errechnete Steuer an die Stadtkasse zu entrichten. Für Besteuerungszeiträume, die vor dem 01.09.2010 endeten, sind bis spätestens 15.09.2010 Steueranmeldungen und/oder Berichtigungen bisheriger Steueranmeldungen einzureichen, die Steuer selbst zu errechnen und zu begleichen.
- (3) Fallen bei einer Veranstaltung, außer in den Fällen nach § 4 Abs. 4 und § 9 Abs. 2, mehrere zu besteuernde Vergnügungen zusammen, wird jedes Vergnügen gesondert besteuert.
- (4) Ein Steuerbescheid wird nur dann erteilt, wenn der/die Steuerpflichtige eine Steueranmeldung nicht abgibt oder die Steuerschuld abweichend von der Anmeldung festzusetzen ist. In diesem Fall ist die Steuer innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

§ 12

Anmeldungs- und Anzeigepflichten

- (1) Die Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1 - 4 und 6 – 8 sind spätestens 2 Wochen vor deren Beginn bei der Stadt Oberhausen – Fachbereich Steuern - anzumelden. Bei unvorbereiteten und nicht vorhersehbaren Veranstaltungen ist die Anmeldung an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktagen nachzuholen. Veränderungen, die sich auf die Höhe der Steuer auswirken, sind umgehend anzuzeigen.

- (2) Der/die Halter/in von Apparaten im Sinne des § 1 Nr. 5 hat innerhalb von 14 Kalendertagen sowohl die Aufstellung als auch die Außerbetriebnahme jedes Apparates bei der Stadt Oberhausen – Fachbereich Steuern - anzuzeigen. Dies gilt auch für Ersatzapparate im Sinne des § 7 Abs. 2. Bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit sind der Hersteller, der Gerätename, die Gerätenummer, die Zulassungsnummer und die Dauer der Aufstellung innerhalb eines Kalendermonats (Kalendertage) anzugeben. Bei verspäteter Anzeige gilt als Tag der Beendigung des Haltens der Tag des Eingangs der Anzeige.
- (3) Alle durch die Apparate im Sinne des § 1 Nr. 5 a) erzeugbaren oder von diesen vorgenommenen Aufzeichnungen (Druckprotokolle über Spieleinsätze, Kasseninhalt, Einspielergebnisse etc.) sind aufbewahrungspflichtige Unterlagen im Sinne des § 97 Abgabenordnung.
- (4) Zur Anmeldung sind alle in § 3 genannten Personen verpflichtet.

§ 13

Sicherheitsleistung

- (1) Die Stadt Oberhausen – Fachbereich Steuern - ist berechtigt, eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Steuerschuld zu verlangen.
- (2) Die Sicherheitsleistung wird mit Ablauf von 7 Kalendertagen nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 14

Steuerschätzung und Verspätungszuschlag

- (1) Kommt der/die Veranstalter/in seinen Verpflichtungen aus dieser Satzung nicht nach und sind infolgedessen die Besteuerungsgrundlagen nicht mit Sicherheit festzustellen, so wird die Steuer gemäß § 162 Abgabenordnung geschätzt.
- (2) Wenn der/die Steuerschuldner/in (§ 3) die in dieser Satzung angegebenen Erklärungs- oder Anmeldefristen nicht wahr, kann gemäß § 152 Abgabenordnung ein Verspätungszuschlag erhoben werden. Der Verspätungszuschlag wird innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 15

Steueraufsicht, Aufbewahrungs- und Mitwirkungspflicht

- (1) Der/die Halter/in, Eigentümer/in, Vermieter/in, Besitzer/in oder sonstige Inhaber/in der benutzten Räume ist verpflichtet, den Beauftragen der Stadt Oberhausen zur Feststellung von Steuertatbeständen oder zur Nachprüfung der Besteuerung unentgeltlich Zugang zum Aufstellort und zum Gerät zu gewähren. Die Grundstücke und Betriebsräume unterliegen der Steueraufsicht der Stadt Oberhausen. Die Beschäftigten oder Beauftragten der Stadt sind berechtigt, Grundstücke, Räume und ähnliche Einrichtungen während der üblichen

Geschäfts- und Arbeitszeiten zu betreten. Eine kostenfreie Überprüfung der Geräte ist der Stadt zu Prüfzwecken zu ermöglichen.

- (2) Alle durch die Geräte erzeugbaren oder von diesen vorgenommenen Aufzeichnungen sind regelmäßig auszudrucken. Sie sind aufbewahrungspflichtige Unterlagen im Sinne von § 147 Abgabenordnung (AO).
- (3) Die Geräte sowie die mit ihrer Hilfe erstellten digitalen Unterlagen sind während der Dauer der Aufbewahrungsfrist jederzeit verfügbar, unverzüglich lesbar und maschinell auswertbar aufzubewahren. Sie müssen neben den „Grundsätzen ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)“ vom 7. November 1995 (BStBl I S. 738) auch den „Grundsätzen zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen (GDPdU)“ vom 16. Juli 2001 (BStBl I S. 415) jeweils in der gültigen Fassung entsprechen. Die Feststellungslast liegt beim Steuerpflichtigen. Insbesondere müssen alle steuerlich relevanten Einzeldaten (Einzelaufzeichnungspflicht) unveränderbar und vollständig aufbewahrt werden. Eine Verdichtung dieser Daten oder ausschließliche Speicherung der Rechnungssummen ist unzulässig. Ein ausschließliches Vorhalten aufbewahrungspflichtiger Unterlagen in ausgedruckter Form ist nicht ausreichend. Die digitalen Unterlagen und die Strukturinformationen müssen in einem auswertbaren Datenformat vorliegen.
- (4) Der/die Steuerschuldner(in) und die von ihm betrauten Personen haben auf Verlangen den Beauftragten der Stadt Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere, Druckprotokolle und andere Unterlagen in der Betriebsstätte bzw. den Geschäftsräumen in Oberhausen vorzulegen, Auskünfte zu erteilen und nach vorheriger Absprache in deren Gegenwart aktuelle Druckprotokolle zu erstellen. Die Unterlagen sind der Stadt auf Verlangen unverzüglich und vollständig vorzulegen.
- (5) Die Stadt kann im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens eigene Datenerhebungen zur Beweissicherung vorzunehmen. Zu diesem Zweck können zur Vermeidung von Manipulationen Geräte versiegelt werden, sofern in angemessener Zeit der Stadt hierfür keine Möglichkeit durch die zuständigen Betreiber eingeräumt wird. Die Stadt soll die Versiegelung am darauffolgenden Werktag entfernen, sofern unter Mitwirkung des Steuerschuldners der durch die Versiegelung beabsichtigte Zweck erreicht wird.

§ 16

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Unbeschadet der in der Abgabenordnung oder im Kommunalabgabengesetz NRW getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 1. als Veranstalter/in (§ 3) entgegen § 5 Abs. 2 den Spielumsatz nicht oder nicht rechtzeitig der Stadt Oberhausen – Fachbereich Steuern – erklärt,
 2. als Veranstalter/in (§ 3) entgegen § 9 Abs. 3 die Roheinnahmen nicht oder nicht rechtzeitig der Stadt Oberhausen – Fachbereich Steuern – erklärt,

3. als Veranstalter/in (§ 3) entgegen § 12 Abs. 1 Satz 1 die Veranstaltungen gem. § 1 Nr. 1 - 4 nicht oder nicht rechtzeitig der Stadt Oberhausen-Fachbereich Steuern - anzeigt,
 4. als Veranstalter/in (§ 3) entgegen § 12 Abs. 1 Satz 3 Veränderungen, die sich auf die Höhe der Steuer auswirken, nicht umgehend anzeigt,
 5. als Veranstalter/in (§ 3) entgegen § 12 Abs. 2 die Apparateaufstellung oder Veränderungen nicht oder nicht rechtzeitig der Stadt Oberhausen - Fachbereich Steuern - anzeigt,
 6. als Veranstalter/in (§ 3) entgegen § 15 den Vertretern/innen der Stadt Oberhausen den Einlass in die Veranstaltungsräume verwehrt oder die Vorlage der geforderten Unterlagen verweigert.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmung hierfür eine höhere Geldbuße vorsehen.

§ 17

Inkrafttreten²

- (1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2009 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 18.12.2006 (Amtsblatt für die Stadt Oberhausen, Sonderausgabe vom 22.12.2006, S. 411) in ihrer Änderungsfassung vom 05.10.2009 (Amtsblatt für die Stadt Oberhausen, Nr. 20 S. 235) und die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 15.12.2008 (Amtsblatt für die Stadt Oberhausen, Sonderausgabe vom 19.12.2008, S. 332 - 335) in ihrer Änderungsfassung vom 02.02.2009 (Amtsblatt für die Stadt Oberhausen, Nr. 3 vom 16.02.2009, S. 15) außer Kraft.

² Die 1. Änderungssatzung vom 12.12.2011 zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010 ist am 01.01.2012 in Kraft getreten. Die 2. Änderungssatzung vom 17.11.2014 zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010 ist am 01.01.2015 in Kraft getreten. Die 3. Änderungssatzung vom 16.11.2015 zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010 tritt am 01.01.2016 in Kraft. Die 4. Änderungssatzung vom 21.11.2016 zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Oberhausen vom 12.07.2010 tritt am 01.01.2017 in Kraft.